

Der Bundesvoranschlag 1974

Die vorliegende Darstellung des Bundesvoranschlages 1974 ist ein erster Schritt zu einem Konzept, das dazu beitragen soll, die Nachfragewirkungen der Ausgaben und die Entzugseffekte der Einnahmen besser abschätzen zu können. Dieses Konzept, das in Zukunft weiter entwickelt wird, soll es letztlich ermöglichen, die konjunkturellen Auswirkungen von Änderungen in der Einnahmen- und Ausgabenstruktur sichtbar zu machen. Diese Methode der Budgetbeurteilung führt für den Bundesvoranschlag 1974 zu etwas anderen Ergebnissen als Analysen auf Grund der bisherigen Saldenkonzepte.

Der Bundesvoranschlag¹⁾ für das Jahr 1974 ist neu gegliedert und in ein Grundbudget, eine Stabilisierungsquote und ein Konjunkturbelebungsprogramm geteilt. Das Grundbudget sieht Ausgaben von 159 41 Mrd. S und Einnahmen von 148 53 Mrd. S vor. Der Gebarungsabgang im Grundbudget beträgt somit 10 89 Mrd. S. Die beiden anderen Teile des Bundesvoranschlages enthalten nur Ausgaben, wobei in der Stabilisierungsquote 4 90 Mrd. S und im Konjunkturbelebungsprogramm 3 05 Mrd. S vorgesehen sind.

Übersicht 1

Der Bundesvoranschlag 1974			
	1973 BVA	1974 BVA	Veränderung 1974 gegen 1973 in %
	Mill S		
Grundbudget			
Ausgaben	139 137	159 414	+14 6
ordentliche	134 187	154 961	+15 5
außerordentliche	4 950	4 453	-10 0
Einnahmen	127 913 ¹⁾	148 528	+16 1
Gebarungsabgang	11 224	10 886	-3 0
Stabilisierungsquote	—	4 897	—
Konjunkturbelebungsprogramm (einschließlich Mehrbedarf)	4 290	3 045	-29 0

¹⁾ Einschließlich 8 9 Mrd. S Kreditaufnahmen für die Finanzierung der Mehrwertsteuerlücke.

Diese Neugliederung erschwert den Vergleich mit dem Vorjahr zusätzlich. Bisher wurden in der Regel am Beginn des Jahres Bindungen für Ermessenskredite verfügt, weil man die präliminierten Ausgaben nicht ganz beanspruchen wollte. Diese Bindungen konnten jedoch meistens nur zum (kleineren) Teil aufrecht erhalten und somit schließlich Rücklagen zugeführt oder eingespart werden. Im Bundesvoranschlag 1974 ist vorgesehen, das Grundbudget in seiner vollen Höhe zu realisieren. Aus der Stabilisierungsquote, die ausschließlich Ermessensausgaben etwa im Ausmaß der früheren Bindungen enthält, können Ausgaben nur mit Zustimmung des

Parlaments, auf Grund eines eigenen Bundesgesetzes, getätigt werden.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann noch nicht abgeschätzt werden, ob und in welchem Ausmaß die Stabilisierungsquote freigegeben wird. Die Ausführungen in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1974 lassen vermuten, daß (zumindest) ein Teil der Stabilisierungsquote eingesetzt werden wird. Das Konjunkturbelebungsprogramm dürfte dagegen, ebenso wie die Konjunkturausgleichsvoranschläge in den vergangenen Jahren, voraussichtlich nicht realisiert werden.

Der Vergleich des Bundesvoranschlages 1974 mit dem Vorjahr wirkt nicht nur bei den Ausgaben, sondern auch auf der Einnahmenseite zusätzliche Probleme auf. Die mit Jahresbeginn 1973 in Kraft getretenen Steuerreformen machen einerseits den Bundesvoranschlag 1973 als Vergleichsbasis für die präliminierten Einnahmen nur beschränkt aussagefähig, andererseits schlagen sich die Auswirkungen der Steuerreformen auch im Bundesvoranschlag 1974 (noch) nieder.

Vergleich mit dem voraussichtlichen Gebarungserfolg 1973

Im Jahre 1973 werden sowohl die präliminierten Einnahmen als auch die Ausgaben überschritten werden. Die Ausgaben dürften auf Grund der beiden Budgetüberschreitungs-gesetze und sonstiger Mehrausgaben, denen allerdings auch Einsparungen gegenüberstehen, voraussichtlich um etwa 3 Mrd. S über dem Voranschlag liegen. An Einnahmen (ohne Kreditaufnahmen zur Finanzierung der Mehrwertsteuerlücke) dürften dem Bund etwa 8 Mrd. S mehr als veranschlagt waren verbleiben, wovon der Großteil auf Steuern entfällt, weil vor allem die Mehrwertsteuereinnahmen sehr vorsichtig präliminiert wurden. Die Einnahmen im Bundesvoranschlag 1974 steigen daher im Vergleich zum voraussichtlichen Erfolg 1973 um 17%, die Ausgaben des Grundbudgets um

¹⁾ Die vorliegende Arbeit stützt sich auf die Regierungsvorlage. Änderungen, die in den Parlamentsberatungen vorgenommen wurden, konnten nicht mehr berücksichtigt werden.

Saldenkonzepte für die Beurteilung der Budgets nicht ausreichend

Die konjunkturellen Auswirkungen des Budgets lassen sich an Hand der Budgetsalden nicht ausreichend darstellen. Alle *Saldenkonzepte*, auch der inlandwirksame Saldo und der Finanzierungssaldo, haben den Nachteil, daß sie die Struktur der Einnahmen und Ausgaben sowie ihre Veränderung nicht widerspiegeln. Sie nehmen an, daß sich alle Einnahmen und Ausgaben im gleichen Maß auswirken und vernachlässigen daher sowohl die unterschiedlichen Entzugseffekte der Einnahmen als auch die voneinander abweichenden Auswirkungen der einzelnen Ausgabenkategorien auf die verschiedenen Nachfrageströme. Die bisherige Gliederung der Einnahmen und Ausgaben, die sich an die Kriterien der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung anlehnt, konnte diese unterschiedlichen Wirkungen nicht hinreichend sichtbar machen, weil sie Ausgaben und Einnahmen mit sehr unterschiedlichen Nachfrage- und Entzugseffekten zusammenfaßt.

Die Einnahmen und Ausgaben müssen für die Beurteilung der konjunkturellen Wirksamkeit des Budgets nach gleichen Nachfrage- und Entzugseffekten gegliedert werden. Die einzelnen Einnahmen- und Ausgabenkategorien müssen dann nach den unterschiedlichen Effekten gewichtet werden, wobei zu berücksichtigen ist, daß die verschiedenen Einnahmen und Ausgaben nicht nur unterschiedliche Auswirkungen auf Konsum und Investition haben, sondern die Nachfrageeffekte auch durch voneinander abweichende Importquoten beeinflußt werden. Aus der Veränderung der gewichteten Einnahmen und Ausgaben lassen sich die konjunkturellen Wirkungen des Budgets besser erkennen. Diese Methode führt zum Teil auch zu anderen Ergebnissen als die Saldenkonzepte. Diese Neugliederung ist ein erster Versuch, der noch weiter verfeinert werden muß. Im ersten Schritt sollen die Ausgaben nach Empfängersektoren (private Haushalte, nicht auf Gewinn berechnete Institutionen, Unternehmungen, öffentlicher Sektor, Ausland) gegliedert werden, wobei sich ein kleiner Teil der Ausgaben (rund 5% der Gesamtausgaben) noch nicht mit hinreichender Genauigkeit zuordnen läßt. Es handelt sich dabei mehr um Ausgaben, die zu Vermögensumschichtungen führen (Tilgungen von Inlandanleihen, Käufe von Liegenschaften) als um einkommenswirksame Ausgaben (Zinsen für Inlandanleihen, Mieten).

Die Neugliederung des Budgets in Grundbudget und Stabilisierungsquote läßt es zweckmäßig erscheinen, die Ausgaben in zwei Varianten zu untersuchen. In der ersten Variante wird davon ausgegangen, daß nur die Ausgaben des Grundbudgets eingesetzt werden, in der zweiten, daß das Grundbudget einschließlich der ganzen Stabilisierungsquote ausgegeben wird. Ein Vergleich der beiden Varianten läßt dann die Auswirkungen der Stabilisierungsquote erkennen.

Übersicht 4
Ausgaben in ökonomischer Gliederung

	1973 BVA	1974 BVA	Veränderung 1974 gegen 1973		
		ohne Stabilisierungsquote Mill. S	einschl. Stabilisierungsquote	ohne Stabilisierungsquote in %	einschl. Stabilisierungsquote in %
Käufe von Gütern und Leistungen	66.459	76.163	79.686	+14,6	+19,9
Personalaufwand	29.965	34.419	34.419	+14,9	+14,9
Laufender Sachaufwand	17.020	20.366	21.606	+19,7	+26,9
Zinsen für die Staatsschuld	3.853	4.105	4.105	+6,5	+6,5
Investitionen	14.651	16.283	18.369	+11,1	+25,4
Liegenschaftserwerb	970	990	1.187	+2,1	+22,4
Transfers	65.153	72.507	73.565	+11,3	+12,9
Laufende Transfers	61.748	68.236	68.471	+10,5	+10,9
Kapitaltransfers	3.405	4.271	5.094	+25,4	+49,6
Finanztransaktionen	6.469	9.401	9.717	+45,3	+50,2
Schuldentilgung	5.211	7.468	7.468	+43,3	+43,3
Erwerb von Wertpapieren u. Beteiligungen	802	1.147	1.373	+43,0	+71,2
Darlehensgewährung	436	786	876	+80,3	+100,9
Rücklagenzuführung	20	—	—	—	—
Durchläufer	1.056	1.343	1.343	+27,2	+27,2
Gesamtausgaben	139.137	159.414	164.311	+14,6	+18,1

Im Vergleich der Ausgaben des Grundbudgets mit jenen des Bundesvoranschlags 1973 werden neben der Aufgliederung der Ausgaben nach Empfänger-

Übersicht 5

Gliederung der Ausgaben nach Empfängersektoren

	1973 BVA	1974 BVA	Veränderung 1974 gegen 1973		1973 BVA	1974 BVA	Veränderung 1974 gegen 1973
	ohne Stabilisierungsquote Mill. S	einschl. Stabilisierungsquote	ohne Stabilisierungsquote in %	einschl. Stabilisierungsquote in %	ohne Stabilisierungsquote in % der Gesamtausgaben	einschl. Stabilisierungsquote	ohne Stabilisierungsquote in % der Gesamtausgaben
Private Haushalte ¹⁾	81.420	90.015	90.018	+10,6	58,5	56,5	54,8
Nicht auf Gewinn berechnete Institutionen	1.281	1.532	1.538	+19,6	0,9	1,0	0,9
Unternehmungen	33.825	40.008	43.951	+18,3	24,3	25,1	26,7
Öffentlicher Sektor ²⁾	11.283	14.107	14.373	+25,0	8,1	8,8	8,8
Ausland	3.252	4.388	4.388	+34,9	2,3	2,7	2,7
Nachfrageunwirksame Ausgaben	919	1.304	1.304	+41,9	0,7	0,8	0,8
Nicht aufteilbare Ausgaben	7.157	8.060	8.739	+12,6	5,2	5,1	5,3
Gesamtausgaben	139.137	159.414	164.311	+14,6	100,0	100,0	100,0

¹⁾ Einschließlich Personalaufwand für Landeslehrer und Bundeszuschuß zur Pensionsversicherung. — ²⁾ Ohne Personalaufwand für Landeslehrer und ohne Bundeszuschuß zur Pensionsversicherung.

sektoren in einer eigenen Übersicht die Ausgaben auch nach der bisherigen Gliederung dargestellt, einerseits um den Übergang sicherzustellen, andererseits um die Unterschiede in den Aufgliederungen ersichtlich zu machen.

Ausgaben an private Haushalte steigen unterdurchschnittlich

Der Großteil der im Bundesvoranschlag vorgesehenen Ausgaben (56 5%) fließt den *privaten Haushalten* zu. Dafür sind vor allem zwei Gründe maßgebend: Die Personalausgaben spielen im Bundeshaushalt eine wichtige Rolle. Der Bund (einschließlich Betriebe) ist Arbeitgeber für rund 10% aller in Österreich unselbstständig Beschäftigten und trägt außerdem noch den Personalaufwand für mehr als 50.000 Landeslehrer (Pflichtschul- und Berufsschullehrer). Zweitens ist der hohe Anteil der Ausgaben an die privaten Haushalte darauf zurückzuführen, daß der Bundeshaushalt in der Einkommensumverteilung eine führende Rolle spielt.

Die Ausgaben an die privaten Haushalte können in Leistungsentgelte und Sozialausgaben unterteilt werden. Vermutlich sind die generellen Unterschiede in Hinblick auf die Nachfragewirkungen zwischen Leistungsentgelten im Bundeshaushalt und den Transfereinkommen nicht größer als innerhalb verschiedener Gruppen von Leistungsentgelten und Transfers¹⁾. Der Fehler fällt daher nicht ins Gewicht, wenn für die Ausgaben an private Haushalte ein einheitlicher Nachfrageeffekt angenommen wird, der geringer ist als bei Käufen von Gütern und Leistungen im Unternehmenssektor.

Insgesamt werden aus dem Bundeshaushalt 90 02 Mrd. S an die privaten Haushalte ausgegeben, wovon 41 46 Mrd. S auf Leistungsentgelte entfallen. Die im Personalaufwand (siehe Übersicht 4) enthaltenen Ausgaben fließen nicht ausschließlich den privaten Haushalten zu (Dienstgeberbeiträge), andererseits sind auch im laufenden Sachaufwand Ausgaben enthalten, die als Leistungsentgelt anzusehen sind (Aufwandsentschädigungen, verschiedene Zulagen, Aufwendungen für Wehrpflichtige u. a.). Im Vergleich zu 1973 werden die Aufwendungen für Leistungseinkommen um 14 2% höher veranschlagt.

Diese Steigerung setzt sich aus mehreren Komponenten zusammen. Die allgemeine Gehaltserhöhung für die öffentlich Bediensteten ab 1. Juli 1974 ist mit 10% veranschlagt. Auf Grund des Berechnungs-

modus — der längerfristigen Gehaltsvereinbarung — dürfte die Gehaltserhöhung allerdings etwas größer sein. Verschiedene Gruppen von öffentlich Bediensteten erhalten Zulagen. Sie werden für Bundesbahnbedienstete, Gendarmerie und Polizeibeamte rund 1 08 Mrd. S kosten. Die Zahl der Bediensteten wird um etwa 1% ausgeweitet, wobei sich die Zunahme ausschließlich auf Lehrer und Hochschulpersonal erstreckt. In den übrigen Bereichen halten sich Zu- und Abgänge die Waage. Unter Berücksichtigung der im Sachaufwand ausgewiesenen Ausgaben, die den öffentlich Bediensteten zugute kommen (1 28 Mrd. S, 1973: 1 23 Mrd. S) steigen die Personalausgaben für aktive Bedienstete um 14 2%²⁾. Die Pro-Kopf-Einkommen nehmen daher (unter Berücksichtigung der Personalausweitung um 1%) um mehr als 13% zu. Sie bleiben damit etwas hinter der Steigerung der Pro-Kopf-Löhne und -Gehälter im privaten Sektor zurück.

Neben den Löhnen und Gehältern für seine eigenen Bediensteten muß der Bund noch 7 58 Mrd. S (1973: 6 67 Mrd. S) für die Aktivbezüge der Landeslehrer aufwenden. Außerdem fließen den privaten Haushalten noch Leistungseinkommen in Höhe von 0 63 Mrd. S (Ausgaben für Wehrpflichtige, Entschädigung für Politiker) zu (1973: 0 47 Mrd. S). Diese Ausgaben werden 1974 wegen der erhöhten Aufwendungen für die Wehrpflichtigen erheblich zunehmen.

Übersicht 6
Ausgaben an private Haushalte

	1973 BVA	1974 BVA		Veränderung 1974 gegen 1973	
		ohne Stabilisierungsquote	einschl. Stabilisierungsquote	ohne Stabilisierungsquote	einschl. Stabilisierungsquote
		Mill. S		in %	
Ausgaben für Leistungen ¹⁾	36 309	41 453	41 453	+14 2	+14 2
Sozialausgaben					
Pensionen ²⁾	13 199	14 815	14 815	+12 2	+12 2
Familienbeihilfen	10 947	11 362	11 362	+ 3 8	+ 3 8
Kriegsopfer- und Heeresversorgung	2 866	3 204	3 204	+11 8	+11 8
Arbeitslosenversicherung	1 387	1 604	1 604	+15 7	+15 7
Zuschüsse zur Pensions- versicherung	14 566	15 364	15 364	+ 5 5	+ 5 5
Sonstige	2 146	2 213	2 216	+ 3 1	+ 3 3
Summe	81 420	90 015	90 018	+10 6	+10 6

¹⁾ Einschließlich der Aktivbezüge der Landeslehrer. — ²⁾ Einschließlich der Ersätze (an die Länder) für die Pensionen der Landeslehrer.

Private Haushalte erhalten auf Grund der Umverteilungsfunktion, die der Bundeshaushalt zu erfüllen hat, auch Transfereinkommen; insgesamt werden dafür im Bundesvoranschlag 1974 30 99 Mrd. S aufgewendet, um 9 1% mehr als 1973. Der Großteil entfällt auf *Pensionen*, für die 13 01 Mrd. S präliminiert werden; dazu kommen noch die Pensionszahlungen

¹⁾ Bei Vollbeschäftigung fällt auch das Argument weg, daß die Personalausgaben, die durch die Ausweitung des Personalstandes bedingt sind, einen höheren Multiplikatoreffekt haben. Außerdem belaufen sich diese Ausgaben auf kaum mehr als 0 5% der den privaten Haushalten zukommenden Ausgaben.

²⁾ Die vom Personalaufwand (14 9%) abweichende (niedrigere) Zuwachsrates erklärt sich daraus, daß die im laufenden Sachaufwand enthaltenen Leistungseinkommen nur schwach steigen.

für ehemalige Landeslehrer in Höhe 180 Mrd. S. Für *Familienbeihilfen* und *Geburtenbeihilfen* werden 1136 Mrd. S (einschließlich Schulfahrtbeihilfen) ausgegeben, davon werden aus dem Familienlastenausgleichsfonds 1022 Mrd. S und aus allgemeinen Budgetmitteln 115 Mrd. S (Familien- und Geburtenbeihilfen für öffentlich Bedienstete) finanziert. Die Ausgaben für Familienbeihilfen steigen trotz der Erhöhung der Kinderbeihilfen um 10 Schilling ab 1. Juli 1973 und der Zunahme der anspruchsberechtigten Gastarbeiter unterdurchschnittlich (+3,8%), weil die abnehmende Geburtenrate und die Herabsetzung des Volljährigkeitsalters von 21 Jahren auf 19 Jahre Ausgaben für Familienbeihilfen erspart. Für Kriegsopfer- und Heeresversorgung werden 320 Mrd. S aufgewendet, an Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung kommen den privaten Haushalten 160 Mrd. S zugute. Diese Leistungen steigen trotz des Rückganges der Zahl der Leistungsempfänger kräftig (+15,7%), weil sowohl das Arbeitslosengeld als auch das Karenzgeld stark erhöht wurden.

Die *Zuschüsse zur Sozialversicherung* (1536 Mrd. S) werden zwar den Pensionsversicherungsträgern überwiesen, doch kann angenommen werden, daß sie ausschließlich den privaten Haushalten zugute kommen, weil der Bund in der Pensionsversicherung nur eine Ausfallhaftung übernimmt. Die Zuschüsse nehmen verhältnismäßig schwach zu (5,5%), weil die Einnahmen der Pensionsversicherung vermutlich stärker steigen als ihre Ausgaben. Allerdings könnten sich etwas höhere Zuschüsse als notwendig erweisen, weil die Pensionen ab 1. Jänner nicht, wie ursprünglich vorgesehen, um 8,7%, sondern um 10,4% erhöht werden, woraus sich für den Bund Mehrausgaben von etwa 350 Mill. S ergeben dürften. Die schwächere Zunahme der Sozialausgaben (+8%) läßt vermuten, daß die Umverteilungsfunktion des Bundeshaushaltes, soweit sie monetäre Einkommen betrifft, etwas an Bedeutung verliert. Die gesamten Ausgaben an private Haushalte steigen 1974 mit 10,6% erheblich schwächer als die Masseneinkommen. Vom Bundeshaushalt dürften daher keine zusätzlichen Auftriebendenzen auf die private Konsumnachfrage ausgehen.

Anteil der Investitionen rückläufig — Finanzierungsausgaben steigen kräftig

Während die Ausgaben, die den privaten Haushalten zugute kommen, in ihren Nachfragewirkungen weitgehend homogen sind, beeinflussen die Ausgaben an den Unternehmenssektor die Nachfrage recht unterschiedlich und müßten weiter unterteilt werden. Der Bund kauft vom privaten Sektor Güter und Leistungen, gewährt Subventionen und beteiligt sich an der Finanzierung von Unternehmungen und

Investitionsvorhaben. Die stärksten Nachfrageeffekte gehen von den Käufen an Gütern und Leistungen aus, die in der Regel in Investitionen und laufenden Sachaufwand unterteilt werden. Diese Unterscheidung, die sich an steuerlichen Kriterien orientiert und aus mehreren Gründen erforderlich ist, hat jedoch für die Nachfragewirkung weniger Bedeutung.

Insgesamt sollen aus dem Bundesvoranschlag 1974 von den Unternehmungen Güter und Leistungen für 2811 Mrd. S (+13%) gekauft werden. Davon entfallen auf *Investitionen* 1628 Mrd. S. Die Investitionsausgaben sind um 11% höher als sie im Vorjahr präliminiert waren. Der Anteil der Investitionen an den Gesamtausgaben geht von 10,5% auf 10,2% zurück. Diese Ausgaben für Güter und Leistungen kommen verschiedenen Wirtschaftszweigen zugute, ein erheblicher Teil davon der Bauwirtschaft, wo die Nachfragewirkungen besonders groß sind. In die Bauwirtschaft sollen aus dem Bundeshaushalt 1974 1290 Mrd. S fließen, um 14,3% mehr als 1973 präliminiert war. Real dürfte der Bund die Nachfrage nach Bauten nur gering ausweiten. Die Nachfrage nach *Bauleistungen* besteht nicht nur aus Investitionen im Sinne der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (1121 Mrd. S), sondern auch aus Bauten für die Landesverteidigung (021 Mrd. S), Instandhaltungen (131 Mrd. S) und aus Darlehen, die für Bauten (Wohnungen) verwendet werden müssen (016 Mrd. S). Der Großteil der in die Bauwirtschaft strömenden Mittel wird für den Tiefbau aufgewendet (688 Mrd. S, 1973: 602 Mrd. S). Für Hochbauten, einschließlich der Bauten für die Landesverteidigung und Instandhaltung, sind 416 Mrd. S (366 Mrd. S) vorgesehen. Der Rest der für Bauten vorgesehenen Ausgaben entfällt auf Sonderanlagen vornehmlich der Bundesbahnen.

Für Käufe von Gütern und Leistungen von den übrigen Wirtschaftszweigen sind 1521 Mrd. S präliminiert, um 12% mehr als 1973 (davon für Investitionen 507 Mrd. S). Die Investitionstätigkeit in diesem Bereich hat in der Regel zwei Schwerpunkte: Fahrzeuge und Sonderanlagen. Während die Fahrzeugkäufe reduziert werden sollen (110 Mrd. S 1974 gegen 122 Mrd. S 1973), werden die Anschaffungen für Sonderanlagen erhöht (285 Mrd. S gegen 268 Mrd. S). Die Sonderanlagen betreffen fast ausschließlich Investitionen im Fernsprechwesen und werden aus zweckgebundenen Einnahmen finanziert. Für sonstige Käufe von Unternehmungen muß vor allem mehr für Schulbücher (085 Mrd. S, 1973: 060 Mrd. S), Schülerfreifahrten (088 Mrd. S gegen 060 Mrd. S) und verschiedene Anschaffungen für die Landesverteidigung aufgewendet werden.

Aus dem Bundeshaushalt erhalten die Unternehmungen auch Mittel in Form von Beteiligungen, Finan-

zierungshilfen und Subventionen. Die Wirkungen dieser Ausgaben auf die Nachfrage lassen sich nicht generell beurteilen. Die Beteiligungen (Kapitalaufstockungen) rufen in der Regel keine unmittelbare Nachfrage hervor. Sie dienen vor allem dazu, die Eigenkapital/Fremdkapital-Relation bei den Unternehmungen zu verbessern. Bei den Finanzhilfen hängt die Wirkung davon ab, ob mit diesen Ausgaben Investitionen finanziert werden sollen oder ob es sich nur um nachträgliche Finanztransaktionen für bereits fertige Investitionen handelt. Im ersten Fall wird der expansive Effekt der Ausgabe groß sein, weil das Investitionsvolumen, das in Gang gesetzt wird, meist größer ist als die Finanzierungshilfe. Der Bund finanziert in vielen Fällen zwar nur einen Teil der Investitionen, doch ermöglichen erst diese Zuschüsse dem Investor, die Investitionen in Angriff zu nehmen. Im zweiten Fall hingegen handelt es sich mehr um Finanztransaktionen, die keine unmittelbare Nachfrage hervorrufen.

Für *Beteiligungen* will der Bund 1974 im Inland 0,74 Mrd. S ausgeben (1973: 0,57 Mrd. S). Der Schwerpunkt liegt im Bereich der Elektrizitätswirtschaft, wo sich der Bund mit 0,29 Mrd. S beteiligt und im Straßenbau, wo verschiedenen Sondergesellschaften 0,13 Mrd. S zugeführt werden. Für verstaatlichte Unternehmungen (DDSG, ÖIAG) sind 0,21 Mrd. S vorgesehen.

Sehr differenziert sind die Nachfragewirkungen bei den *Finanzierungshilfen*, für die insgesamt 1,38 Mrd. S aufgewendet werden (1973: 0,88 Mrd. S). Ein Teil dieser Ausgaben (0,38 Mrd. S) dient zur Abwicklung finanzieller Transaktionen bei den empfangenden Unternehmen. Diese Beträge rufen keine unmittelbare Nachfrage hervor. Rund 0,52 Mrd. S (1973: 0,37 Mrd. S) dienen zur Finanzierung von Straßenbauprojekten der Straßensondergesellschaften und von Kraftwerksbauten sowie für die UNO-City. Diese Beträge werden der Baunachfrage zufließen. Ein weiterer größerer Teil dieser Finanzierungshilfen kommt im Rahmen der Ausfuhrförderung den Exporteuren zugute. Diese Beträge dienen primär dazu, die Unternehmer vor Ertragseinbußen zu bewahren. Sie werden daher nicht so unmittelbar nachfragewirksam wie die direkten Investitionszuschüsse.

Ähnlich wie die *Finanzierungshilfen* wirken auch die *Subventionen*. Subventionen können entweder mit oder ohne Verwendungsaufgaben gewährt werden. Die Nachfrageeffekte sind unterschiedlich; Subventionen mit Verwendungsaufgaben haben die gleichen Nachfragewirkungen wie Käufe von Gütern¹⁾, während Subventionen ohne Zweckbindung wie Transfers

wirken. Der größte Teil der über den Bundeshaushalt gewährten Subventionen wirkt wie Transfers, weil sie *nicht* mit Verwendungs-, sondern mit Empfangsaufgaben verbunden sind. Der Bund bedient sich bei der Verteilung der Subventionen teilweise anderer Gebietskörperschaften und der Kammern. Ein erheblicher Teil der (landwirtschaftlichen) Subventionen fließt zwar den Unternehmungen zu, doch haben davon auch die privaten Haushalte durch niedrige Preise Vorteile. Insgesamt sind im Bundeshaushalt 1974 420 Mrd. S an Subventionen vorgesehen (1973: 365 Mrd. S).

Zum Teil werden Subventionen über den Kreditapparat abgewickelt. Obgleich diese Ausgaben letztlich privaten Haushalten (Zinszuschüsse zum Prämiensparen) oder Unternehmungen zugute kommen (Zinsstützungen, Ausfuhrförderung), bessern sie teilweise auch die Ertragslage der Kreditunternehmungen. 1974 werden 1,03 Mrd. S den Kreditunternehmungen überwiesen (1973: 0,58 Mrd. S). Die starke Steigerung erklärt sich aus den günstigeren Bedingungen für das Prämiensparen (0,19 Mrd. S) und der Kursrisikogarantie in der Ausfuhrförderung.

Ähnlich wie die Subventionen wirken auch die Ausgaben, die an nicht auf Gewinn berechnete Institutionen fließen (1,53 Mrd. S). Auch hier sind die Einflüsse auf die Nachfrage verschieden, je nachdem, ob sie mit Verwendungsaufgaben verbunden sind oder nicht. Ein Teil dieser Zuwendungen ist an Verwendungsaufgaben gebunden, bei den übrigen Ausgaben hängen die Wirkungen davon ab, ob die Empfänger die vom Bund erhaltenen Beträge für Personalaufwendungen oder für Käufe von Gütern verwenden.

Ein erheblicher Teil der Ausgaben bleibt im *öffentlichen Sektor* (14,11 Mrd. S). Bei diesen Ausgaben sind die Gehälter für die Landeslehrer und die Zuschüsse an die Sozialversicherung nicht berücksichtigt. Innerhalb des Bundeshaushaltes werden Ausgaben in Höhe von 4,65 Mrd. S verrechnet, denen gleich hohe Einnahmen entsprechen. Diese Ausgaben (und Einnahmen) sind daher neutral. Sie sind im Vergleich zum Vorjahr erheblich gestiegen, vor allem weil den Bundesbahnen eine höhere Abgeltung der Sozialtarife gewährt wird (1,46 Mrd. S gegen 0,35 Mrd. S 1973), das Hauptmünzamt einen höheren Kostenersatz für die Ausprägung der Scheidemünzen bekommt (0,54 Mrd. S gegen 0,37 Mrd. S 1973). Innerhalb des Bundeshaushaltes werden auch die im Personalaufwand enthaltenen Dienstgeberbeiträge zum Familienlastenausgleich verrechnet (0,48 Mrd. S). Diesen Ausgaben entsprechen gleich hohe Einnahmen im Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen.

Die Ausgaben an andere öffentliche Haushalte (9,47 Mrd. S) dienen verschiedenen Zwecken. Zum Teil

¹⁾ Der Bund könnte auch die Güter selbst kaufen und den (Subventions-)Empfängern zur Verfügung stellen

handelt es sich nur um Durchlaufposten, denen gleich hohe Einnahmen anderer öffentlicher Haushalte gegenüberstehen, wodurch diese Ausgaben im Bundeshaushalt neutral wirken. Zum Großteil sind die Ausgaben an andere öffentliche Körperschaften zweckgebunden. Sie werden zur Finanzierung verschiedener Vorhaben gewährt. In diesen Fällen ist die Nachfragewirksamkeit sehr groß, weil diese Ausgaben meist nur einen Teil dieser Investitionsvorhaben finanzieren. Das tatsächliche Nachfragevolumen, das durch diese Ausgaben ermöglicht wird, ist daher in der Regel (erheblich) größer.

Übersicht 7

Ausgaben an öffentliche Haushalte

	1973 BYA	1974 BYA		Veränderung 1974 gegen 1973	
		ohne Stabilisierungsquote Mrd. S	einschl. Stabilisierungsquote	ohne Stabilisierungsquote in %	einschl. Stabilisierungsquote
Bund ..	3.121	4.647	4.715	+48,9	+51,1
Länder ¹⁾ ..	2.914	4.180	4.244	+43,5	+45,6
Gemeinden ..	1.787	1.331	1.349	-25,5	-24,5
Sozialversicherung ²⁾	2.260	2.670	2.670	+18,1	+18,1
Fonds ..	891	910	1.026	+2,1	+15,2
Kammern ..	310	369	369	+19,0	+19,0
Summe	11.283	14.107	14.373	+25,0	+27,4

¹⁾ Ohne Personalaufwand für Landeslehrer. — ²⁾ Ohne Bundeszuschüsse zur Pensionsversicherung

Ein Teil der Ausgaben, die aus dem Bundeshaushalt anderen öffentlichen Körperschaften zufließen, dient der Finanzierung ihrer Budgets und ist nicht an Verwendungsaufgaben gebunden. In diesem Fall werden die Auswirkungen der Ausgaben von der Budgetstruktur dieser öffentlichen Haushalte bestimmt.

Den Ländern werden 1974 4.18 Mrd. S überwiesen. Im Vergleich zum Vorjahr (2.91 Mrd. S) steigen diese Ausgaben kräftig. Allerdings ist ein erheblicher Teil dieses Zuwachses (0.30 Mrd. S) auf Überweisungen für Wohnbauzwecke zurückzuführen, die im Bundeshaushalt neutral wirken, weil ihnen gleich hohe Einnahmen aus Zahlungen von den Wohnbaufonds entsprechen. Bedeutend mehr Mittel werden den Ländern für das Gesundheitswesen überwiesen. Zur allgemeinen Finanzierung ihrer Budgets erhalten die finanzschwachen Länder einen Ertragskopfquotenausgleich, für den 1974 0.59 Mrd. S (1973: 0.36 Mrd. S) vorgesehen sind.

Die Gemeinden erhalten aus dem Bundeshaushalt 1.33 Mrd. S. Diese Beträge sollen großteils Investitionsvorhaben finanzieren (Neubau von Krankenhäusern, U-Bahnbau, Pflichtschulen u. a.). Diese Ausgaben wirken sehr expansiv. An die Sozialversicherung werden 2.67 Mrd. S überwiesen. Es handelt sich dabei um Beiträge zur Kranken- und Pensionsversicherung für öffentlich Bedienstete, die zwar Teil des Personalaufwandes sind, aber nicht den privaten Haushalten (direkt) zufließen. Die Aus-

gaben an Fonds (1.03 Mrd. S)¹⁾ dienen größtenteils der Finanzierung von Forschungs- und Investitionsvorhaben und dürften daher eine große Nachfragewirksamkeit haben.

Die Ausgaben des Bundes kommen jedoch nicht nur der inländischen Nachfrage zugute. Ein Teil fließt ins Ausland (4.39 Mrd. S). Der Großteil dieser Ausgaben entfällt auf Tilgungen und Zinsen für Auslandsschulden (2.54 Mrd. S) und auf Käufe von Heeresausrüstung (0.95 Mrd. S).

Neben den Ausgaben, die an das Ausland fließen, werden auch verschiedene andere Ausgaben nicht nachfragewirksam (1.30 Mrd. S). Sie sind in der bisherigen Gliederung teils unter Käufen von Gütern und Leistungen, teils unter Transfers ausgewiesen worden. Darunter sind die Zuführung zum Reservefonds für Familienbeihilfen (0.52 Mrd. S) und die Emissionsverluste (0.43 Mrd. S) die größten Posten.

Stabilisierungsquote enthält vorwiegend expansiv wirkende Ausgaben

Bisher wurden ausschließlich die im Grundbudget enthaltenen Ausgaben berücksichtigt. Es muß jedoch auch die *Stabilisierungsquote* untersucht werden, weil eine (teilweise) Freigabe die Auswirkungen des Voranschlags erheblich verändern kann. Die darin enthaltenen Ausgaben unterscheiden sich in ihrer Struktur von jenen des Grundbudgets grundlegend. Sie erreichen meist einen großen Multiplikatoreffekt, wodurch die Stabilisierungsquote eine stark expansive Wirkung erhält. Ausgaben für Bauten (1.43 Mrd. S) und für sonstige Käufe von Gütern und Leistungen (1.82 Mrd. S) haben den größten Anteil. Von den Bauten kommt der Großteil dem Hochbau zugute. Der Straßenbau soll aus der Stabilisierungsquote 0.20 Mrd. S erhalten. Erhebliche Beträge sind für Fahrzeuge der Bundesbahnen (0.83 Mrd. S) vorgesehen. Für den Ankauf von Gütern für die Landesverteidigung sind in der Stabilisierungsquote (0.38 Mrd. S) enthalten. Die Bundesbahnen beabsichtigen ferner aus den Mitteln der Stabilisierungsquote ihre Materialvorräte kräftig aufzustocken (0.15 Mrd. S).

Neben den Direktinvestitionen sind in der Stabilisierungsquote beträchtliche Mittel für Finanzierungshilfen vorgesehen: 0.25 Mrd. S als Zuschuß für die Donaukraftwerke, 0.40 Mrd. S für die Finanzierung von Krankenanstalten, 0.12 Mrd. S Beitrag zum Wasserwirtschaftsfonds. Außerdem sind bei verschiedenen Unternehmungen Kapitalbeteiligungen (0.23 Mrd. S) vorgesehen. Für den Kauf von Liegenschaften sollen den Bundesforsten 0.15 Mrd. S zur

¹⁾ Ohne Überschuß an Reservefonds für Familienbeihilfen und Abdeckung des Abganges des Milchwirtschaftsfonds.

Verfügung gestellt werden, um vor allem von Ausländern Grundstücke zu erwerben.

Die Steuereinnahmen steigen kräftig

Die wichtigste Finanzierungsquelle der Ausgaben im Bundeshaushalt sind *Steuern und steuerähnliche Einnahmen*. Sie erbringen im Voranschlag 1974 fast 75% der Gesamteinnahmen und decken die Ausgaben zu fast 70%. Für 1974 sind die Bruttoeinnahmen an Steuern mit 148 64 Mrd. S und die steuerähnlichen Einnahmen mit 16 40 Mrd. S veranschlagt. Diese Einnahmen verbleiben dem Bund jedoch nicht zur Gänze. Von den Steuereinnahmen werden den Ländern 23 20 Mrd. S und den Gemeinden 22 47 Mrd. S auf Grund des Finanzausgleiches überwiesen, sie dienen der Finanzierung ihrer Budgets. Außerdem stellt der Bund aus den Steuern den Ländern für die Wohnbauförderung (6 40 Mrd. S) und dem Wasserwirtschaftsfonds (0 71 Mrd. S) Mittel zur Verfügung. Die Kammern erhalten für die Außenhandelsförderung 0 64 Mrd. S. Die Überweisungen von Steuereinnahmen an den Katastrophenfonds und den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen, jeweils 1 15 Mrd. S, fließen wieder in den Bundeshaushalt zurück. Dem Bund bleiben daher an Steuern (einschließlich Katastrophenfonds) 94 06 Mrd. S und an steuerähnlichen Einnahmen 16 40 Mrd. S (einschließlich Überweisung an den Familienbeihilfenfonds);

insgesamt werden 1974 an Steuern und steuerähnlichen Einnahmen 110 46 Mrd. S zur Finanzierung des Bundeshaushaltes erwartet.

Die Steuerreformen, die Anfang 1973 in Kraft traten, beeinflussen auch (noch) das Steueraufkommen im Jahre 1974 und erschweren den Vergleich der beiden Jahre.

Unter Berücksichtigung der für 1973 zu erwartenden Mehreinnahmen sind die präliminierten Steuereinnahmen 1974 sowohl brutto als auch netto um 23% höher als 1973. Die Steuererträge nehmen erheblich rascher zu als das nominelle Brutto-Nationalprodukt. Der Anteil der Steuern am Brutto-Nationalprodukt erhöht sich auf knapp 24% (1973: 21 8%, 1972: 23 2%).

Die Besteuerung stützt sich vor allem auf zwei Quellen: das *Einkommen* und den *Verbrauch* (Einkommensverwendung). Daneben werden noch das Vermögen bzw. die Übertragung von Vermögen sowie die Importe besteuert. Ferner haben Unternehmer verschiedene Abgaben (Beiträge) zu entrichten, die an die Lohnsumme (Höchstbeitragsgrundlagen der Sozial- und Krankenversicherung) anknüpfen. Die Wirkungen der Steuern sind je nach Steuerquelle recht unterschiedlich.

Die *Steuern vom Einkommen* sind fast alle direkt oder zumindest indirekt progressiv. Sie dienen daher

Übersicht 8

Einnahmen in ökonomischer Gliederung

	1972 Erfolg	1973 ¹⁾ BVA	1974 BVA	Veränderung 1974 gegen 1973 in %	1972 Erfolg in % der Gesamteinnahmen	1973 BVA	1974 BVA
		Mill. S					
Steuern ²⁾ (netto)	72 953	70 596	94 059	+33 2	60 7	59 3	63 3
Steuerähnliche Einnahmen	13 581	14 435	16 401	+13 6	11 3	12 1	11 1
Summe	86 534	85 031	110 460	+29 9	72 0	71 4	74 4
davon vom Einkommen ³⁾	25 140	27 501	32 959	+19 9	20 9	23 1	22 2
von der Einkommens- verwendung ³⁾	40 584	36 161	53 710	+48 5	33 8	30 4	36 2
von Vermögen u. Vermögensverkehr ³⁾	2 687	2 891	3 026	+ 4 7	2 2	2 4	2 0
Einfuhr-(Ausfuhr-)Abgaben ³⁾	7 180	6 777	7 611	+12 3	6 0	5 7	5 1
Dienstgeberbeiträge ³⁾	10 943	11 701	13 154	+12 4	9 1	9 8	8 9
Gebühren und Kostenersätze	1 880	2 001	2 060	+ 3 0	1 5	1 7	1 4
Sonstige Transfereinnahmen	4 878	3 756	5 379	+43 2	4 1	3 2	3 6
von privaten Sektor	2 388	2 343	2 592	+10 6	2 0	2 0	1 8
von öffentlichen Sektor	2 490	1 413	2 787	+97 2	2 1	1 2	1 9
Einkommen aus Besitz u. Unter- nehmung	1 424	1 608	1 482	- 7 8	1 2	1 4	1 0
Münzgewinn	319	259	249	- 3 9	0 3	0 2	0 2
Einnahmen aus Leistungen	21 202	22 026	23 808	+ 8 1	17 6	18 5	16 0
Einnahmen aus Verkäufen (Anlagen u. sonstige Güter)	606	847	875	+ 3 3	0 5	0 7	0 6
Darlehensrückzahlungen	276	270	282	+ 4 4	0 2	0 2	0 2
Rücklagenauflösungen	1 275	1 620	2 019	+24 6	1 1	1 4	1 3
Sonstige Einnahmen	889	539	571	+ 5 9	0 7	0 4	0 4
Durchlaufposten	926	1 056	1 343	+27 2	0 8	0 9	0 9
Einnahmen insgesamt	120 209	119 013 ¹⁾	148 528	+24 8	100 0	100 0	100 0
davon Hoheitsverwaltung	96 205	94 173	120 712	+28 2	80 0	79 1	81 3
Bundesbetriebe	24 004	24 840	27 816	+12 0	20 0	20 9	18 7

¹⁾ Ohne 8 9 Mrd. S Kreditaufnahmen zur Finanzierung der Mehrwertsteuerlücke. — ²⁾ Einschließlich Beitrag an den Katastrophenfonds. — ³⁾ Aufgliederung der (Brutto)einnahmen siehe Übersicht 9 und 10.

auch zur Umverteilung der Einkommen, sie beeinflussen die verfügbaren Einkommen und wirken sich auf Sparen und Investitionen aus. Ihr Ertrag schwankt überproportional mit der Bemessungsgrundlage. Die *Steuern auf die Einkommensverwendung* wirken im Gegensatz dazu eher regressiv und eignen sich daher viel weniger zur Einkommensumverteilung. Zum Unterschied von den Steuern auf das Einkommen wirken aber diese Steuern unmittelbar auf die Preise.

Übersicht 9

	Steuereinnahmen (Brutto)		Veränderung	
	1972 Erfolg	1973 BVA Mill. S	1974 BVA	1974 gegen 1973 in %
Steuern vom Einkommen¹⁾	44.789	50.793	60.906	+19,9
davon Einkommensteuer	13.082	15.458	18.000	+16,4
Lohnsteuer	19.072	20.567	26.000	+26,4
Körperschaftsteuer	4.691	5.371	6.000	+11,7
Gewerbesteuer	6.816	8.200	9.600	+17,1
Sonstige	1.128	1.197	1.306	+9,1
Steuern von der Einkommens- verwendung	54.359	49.139	74.508	+51,6
davon Umsatzsteuer ²⁾	35.401	29.200	53.000	+81,5
Mineralölsteuern	8.479	9.200	10.550	+14,7
Tabaksteuer	4.798	4.400	4.750	+8,0
Steuern auf alkoholische Getränke	2.216	2.514	2.437	-3,1
Versicherungssteuer	817	940	1.100	+17,0
Kraftfahrzeugsteuer	861	900	1.000	+11,1
Gebühren	1.513	1.700	1.300	-23,5
Sonstige	274	285	371	+30,2
Steuern vom Vermögen u. Vermögensverkehr	3.566	3.945	4.448	+12,8
davon Vermögenssteuer ¹⁾	1.531	1.744	1.840	+5,5
Grunderwerbsteuer	896	930	1.300	+39,8
Erbschaftsteuer	325	390	390	0,0
Erbschaftsteueräquivalent	442	510	510	0,0
Kapitalverkehrssteuer	120	160	200	+25,0
Sonstige	252	211	208	-1,4
Einfuhr(Ausfuhr)abgaben	7.378	7.050	8.103	+14,9
davon Zölle	6.812	6.400	7.300	+14,1
Außenhandelsförderungs- beiträge	492	550	700	+27,3
Sonstige Einfuhrabgaben	74	100	103	+3,0
Dienstgeberbeiträge				
Wohnbauförderungsbeitrag (zur Hälfte)	543	600	675	+12,5
Steuern insgesamt brutto	110.635	111.527	148.640	+33,3
abzüglich Überweisungen an Länder, Gemeinden, Fonds u. Kammern	-38.544	-41.920	-55.733	+33,0
Steuern insgesamt netto	72.091	69.607	92.907	+33,5
Beitrag an den Katastrophenfonds	862	989	1.152	16,5

¹⁾ Einschließlich aller Zuschläge. — ²⁾ 1972 einschließlich Bundeszuschlag Rechnungsstempel und Beförderungsteuer, 1973 und 1974 einschließlich Investitionssteuer abzüglich Lager- und Altanlagenentlastung

Die *Steuern vom Einkommen* sollen 1974 60'91 Mrd. S erbringen, um 20% mehr als 1973. Die Belastung des Volkseinkommens mit diesen Steuern wird sich auf 13,1% erhöhen (1973: 12,3%) und damit das verfügbare Einkommen stärker schmälern. Die Lohnsteuer ist mit 26 Mrd. S präliminiert; sie soll um 26½% höhere Einnahmen erbringen als 1973. Unter der Annahme einer Steigerung der Lohn- und Gehaltssumme um 16% dürften bei den derzeit geltenden

steuerlichen Bestimmungen die Lohnsteuereinnahmen sehr vorsichtig geschätzt sein und leicht erreicht werden können. Die starke Zunahme der Lohnsteuereinnahmen ist einerseits darauf zurückzuführen, daß die Einnahmen im Jahre 1973 durch die Lohnsteuersenkung nur schwach steigen und andererseits durch die Steuerreform die Aufkommenselastizität der Lohnsteuer größer wurde.

Die *Gewinne* sind der Einkommen- und Körperschaftsteuer unterworfen. Dazu kommt noch die Gewerbesteuer, die zwar als Ertragsteuer ausgestaltet und als Betriebsausgabe abzugsfähig ist, aber doch wie eine zusätzliche Steuer auf die Einkünfte aus Gewerbebetriebe wirkt. Kapitalerträge werden bereits an der Quelle durch die Kapitalertragsteuer erfaßt. Die Gewinne sind insgesamt mit 33'92 Mrd. S Steuern belastet. Im Vergleich zu 1973 sollen die Gewinnsteuern um 15,6% höhere Erträge erbringen. Die Zuwachsraten dieser Steuern werden dadurch gedrückt, daß sich die Steuersenkungen auf Grund der Veranlagungen erst 1974 auszuwirken beginnen. Außerdem dürfte der Übergang von der Haushaltsbesteuerung zur Individualbesteuerung einen dämpfenden Effekt auf das Einkommensteueraufkommen ausüben und eine Verschiebung des Steueraufkommens von der Einkommensteuer zur Lohnsteuer mitverursachen.

Die ergiebigste Steuerquelle ist der *Verbrauch*. Er wird durch eine allgemeine Verbrauchsteuer besteuert, die Umsatzsteuer, die allerdings in der Übergangsphase, solange die Investitionssteuer erhoben wird, keine reine Verbrauchsteuer ist; daneben gibt es eine Reihe von speziellen Steuern auf die Einkommensverwendung. Die Umsatzsteuer ist für 1974 mit 53 Mrd. S präliminiert, wovon 49 Mrd. S auf die Mehrwertsteuer im engeren Sinn entfallen. Wenn man das für 1973 zu erwartende Aufkommen zu Grunde legt und damit die für 1974 zu erwartende Steigerungsrate des privaten und öffentlichen Konsums vergleicht, werden die erwarteten Einnahmen von 49 Mrd. S nur schwer erreicht werden. Die Investitionssteuer ist mit 7 Mrd. S veranschlagt, wobei die Ausfälle aus der Begünstigung (Herabsetzung des Satzes für Exporteure im Verhältnis von Gesamtumsatz zu Exportumsatz von 12% auf 6%) bereits berücksichtigt sind. Dennoch dürften die Einnahmen an Investitionssteuer leicht erreicht werden. Es wird angenommen, daß Vorratsentlastung und Altanlagenentlastung das Umsatzsteueraufkommen um 3 Mrd. S verringern werden. Diese Übergangsmaßnahmen könnten jedoch möglicherweise etwas mehr kosten. Die hohe Zuwachsrate an Umsatzsteuer wird vor allem durch die in der Umstellungsphase auftretende Verschiebung im Steueraufkommen verursacht. Im Jahre 1973 hat sich außerdem der Saldo aus Investitionssteuer und Lagerentlastung dämpfend auf das

Umsatzsteueraufkommen ausgewirkt. Im Jahre 1974 hingegen erhöht die Investitionssteuer das Steueraufkommen und damit auch die Steuerbelastung.

Neben der Umsatzsteuer werden spezielle *Verbrauchssteuern* auf Mineralöle, Tabak und alkoholische Getränke erhoben. Die ertragreichste Steuerquelle sind die Mineralöle. An Mineralölsteuern sollen 10 55 Mrd. S eingehen (+14½%), wovon die Erträge an Bundesmineralölsteuer (8 70 Mrd. S) für den Straßenbau zweckgebunden sind. Durch die Erhöhung der Bundesmineralölsteuer um 20 Groschen je Liter Benzin nimmt die Steuerbelastung der Mineralöle zu. Die Tabaksteuer (4 75 Mrd. S) und die Steuern auf alkoholische Getränke (2 44 Mrd. S) erbringen nur geringfügig höhere Erträge.

Die Steuern vom *Vermögen* und *Vermögensverkehr* sind mit 4 45 Mrd. S veranschlagt, um 12% mehr als im Vorjahr, wobei nur die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer stärker steigen werden. Die einheitswertabhängigen Steuern dagegen stagnieren oder nehmen nur mäßig zu, weil die Einheitswerte nur alle drei Jahre neu festgesetzt werden und die Bewertungsgesetznovellen eine Senkung der Steuerlast bewirkten.

Die *Einfuhrabgaben* (+14%) werden schwächer wachsen als die Importe, weil die Zölle (7 3 Mrd. S) im Vergleich zum voraussichtlichen Erfolg 1973 infolge der mit Jahresbeginn in Kraft tretenden Zollsenkung nur mäßig zunehmen.

Die *steuerähnlichen Einnahmen* sind in ihrer Wirkung den Steuern gleichzusetzen. Sie sind großteils zweckgebunden und dienen der Finanzierung von Aus-

gaben für soziale Sicherheit, für landwirtschaftliche Förderungsmaßnahmen und für Preisausgleiche. Es ist vorgesehen, daß Einnahmen von 0 84 Mrd. S nicht ausgegeben, sondern Rücklagen zugeführt werden (0 52 Mrd. S an den Reservefonds für Familienbeihilfen, 0 32 Mrd. S an den Arbeitslosenversicherungsfonds).

Steuerähnliche Einnahmen in Höhe von 2 74 Mrd. S werden vom *Einkommen* erhoben und schmälern, wie Einkommen- und Lohnsteuer, das verfügbare Einkommen. Die Arbeitnehmer haben 1 52 Mrd. S aufzubringen (die Hälfte des Arbeitslosenversicherungsbeitrages und die Bauarbeiter die Hälfte der Schlechtwetterentschädigung), die Unternehmer 1 22 Mrd. S (Beitrag zum Familienlastenausgleich). Die *Einkommensverwendung* ist mit 0 36 Mrd. S steuerähnlichen Einnahmen belastet, wovon auf landwirtschaftliche Produkte (Milch) 0 29 Mrd. S entfallen, die zur Finanzierung von Absatz- und Verwertungsmaßnahmen sowie für Qualitätszuschläge dienen. Zucker (42 Mill. S) und Mineralöle (30 Mill. S) tragen steuerähnliche Einnahmen, die zur Finanzierung eines Frachtausgleiches verwendet werden. Beim Import von bestimmten landwirtschaftlichen Produkten werden Ausgleichsabgaben erhoben (0 15 Mrd. S), die wie ein zusätzlicher Zoll wirken.

Der Großteil der steuerähnlichen Einnahmen (13 15 Mrd. S) wird als Dienstgeberbeiträge eingehoben und dient der Finanzierung von Sozialausgaben. Auf den Dienstgeberbeitrag zum Familienlastenausgleich entfallen davon 11 12 Mrd. S, auf die Hälfte des Arbeitslosenversicherungsbeitrages 1 43 Mrd. S und die Sonderbeiträge nach dem Wohnungsbeihilfengesetz 0 51 Mrd. S. Diese Dienstgeberbeiträge erhöhen die Arbeitskosten. Die Zuwachsrate der Beiträge zum Familienlastenausgleich von knapp 11% dürfte infolge der zu erwartenden Lohnsteigerungen zu gering sein, so daß auch 1974 mit Mehreinnahmen im Familienlastenausgleich zu rechnen sein wird. Die kräftige Zunahme der Arbeitslosenversicherungsbeiträge (+28 3%) ist vor allem auf die Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage zurückzuführen.

Neben den Steuern und steuerähnlichen Einnahmen wird auch durch den Großteil der *sonstigen Transfers* Kaufkraft ohne (unmittelbare) Gegenleistung entzogen. An Transferzahlungen werden von den privaten Haushalten 2 01 Mrd. S eingenommen. Davon entfallen 1 19 Mrd. S auf Pensionsbeiträge der Beamten. Sie wirken genauso wie Steuern vom Einkommen und schmälern das verfügbare Einkommen. Außer den Pensionsbeiträgen wird auch noch durch andere Transfereinnahmen in Höhe von 0 83 Mrd. S¹⁾

Übersicht 10

Steuerähnliche Einnahmen	1972	1973	1974	Veränderung 1974 gegen 1973 in %
	Erfolg	BVA	BVA	
		Mill. S		
Steuerähnliche Einnahmen vom Einkommen	2 057	2 202	2 739	+ 24 4
davon Arbeitslosenversicherungsbeiträge (zur Hälfte) ..	1 076	1 115	1 430	+28 3
Schlechtwetterentschädigung (zur Hälfte) ..	64	64	90	+40 6
Beiträge zum Familienlastenausgleich ..	917	1 023	1 219	+19 2
Steuerähnliche Einnahmen von der Einkommensverwendung Preis- u. Frachtausgleiche ..	370	338	359	+ 6 2
Steuerähnliche Einnahmen von Einfuhren Importausgleiche ..	211	194	150	-22 7
Dienstgeberbeiträge ..	10 943	11 701	13 154	+12 4
davon Dienstgeberbeitrag zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen ..	9 351	10 050	11 120	+10 7
Arbeitslosenversicherungsbeitrag (zur Hälfte) ..	1 076	1 115	1 430	+28 3
Schlechtwetterentschädigung (zur Hälfte) ..	64	64	90	+40 6
Sonderbeiträge gem. Wohnungsbeihilfengesetz ..	452	472	514	+ 8 9
Steuerähnliche Einnahmen insgesamt ..	13 581	14 435	16 401	+13 6

¹⁾ 0 32 Mrd. S fließen jedoch als Gewinne der Glücksspiele (Klassenlotterie, Zahlenlotto und Sporttoto) wieder an die privaten Haushalte zurück.

(Strafen und Wetteinsätze in den Glücksspielen) Kaufkraft dem privaten Sektor ohne unmittelbare Gegenleistung entzogen.

Die Transfereinnahmen von öffentlichen Haushalten und Unternehmungen sind großteils saldenneutral, weil den Einnahmen gleich hohe Ausgaben entsprechen. Die kräftige Zunahme der Transfers von öffentlichen Haushalten ist daher ohne ökonomische Wirkungen und wirkt bloß wie ein Durchlaufposten. Die starke Zunahme erklärt sich aus der höheren Abgeltung an die Bundesbahnen für Subventionstarife (1 46 Mrd. S, 1973: 0 35 Mrd. S) und vermehrten Überweisungen der Wohnbaufonds (0 40 Mrd. S, 1973: 0 12 Mrd. S), die an die Länder weitergeleitet werden. Auch die Transfers von Unternehmungen sind überwiegend saldenneutral, weil sie großteils auf Überweisungen der Postsparkasse für Personalbeistellung und Pensionen (insgesamt 0 32 Mrd. S) entfallen, denen gleich hohe Personalaufwendungen im Bundeshaushalt entsprechen.

Auch *Gebühren und Kostenersätze* (2 06 Mrd. S) sowie die *Einkünfte aus Besitz und Unternehmung* (1 48 Mrd. S) enthalten Einnahmen, die ohne unmittelbare Gegenleistung Kaufkraft entziehen.

Die Gewinnabfuhr der Notenbank und der Postsparkasse, die insgesamt 0 36 Mrd. S betragen, wirken wie Steuern vom Einkommen, nicht zuletzt auch deshalb, weil diese beiden Institute von der Körperschaftsteuer befreit sind und diese Gewinnabfuhr als Ersatz angesehen werden können. Von den Gebühren und Kostenersätzen wirken vor allem die Flächen- und Förderzinse (0 13 Mrd. S) wie Produktionssteuern. Die Grenzen zwischen den in den Steuern enthaltenen Gebühren und den hier verrechneten Gebühren sind fließend. Einerseits wirken einige Gebühren wie Steuern und steuerähnliche Einnahmen, andererseits sind in den Gebühren auch

Entgelte enthalten, die in ihrer Wirkung den Leistungseinnahmen gleichkommen.

Zwischen den Steuern, steuerähnlichen Einnahmen und verschiedenen sonstigen Transfereinnahmen einerseits und den Leistungseinnahmen sowie den Verkaufserlösen andererseits besteht ein grundlegender Unterschied. Während Steuern und steuerähnliche Einnahmen Kaufkraft ohne unmittelbare Gegenleistung dem privaten Sektor entziehen, entstehen Leistungseinnahmen und Verkaufserlöse aus der Befriedigung der Nachfrage und fließen dem Bundeshaushalt wie einem Unternehmen zu. Teilweise wird die Nachfrage ausschließlich durch den Bund (Bundesbetriebe) gedeckt und die Gebühren (Preise) festgesetzt, teilweise aber stehen die Leistungen im Wettbewerb mit dem privaten Sektor (z. B. Bundesforste). An Leistungseinnahmen werden für 1974 23 81 Mrd. S erwartet, die fast ausschließlich von den Bundesbetrieben erbracht werden, wobei der Hauptanteil auf die Bundesbahnen (10 08 Mrd. S) und die Post (10 57 Mrd. S) entfällt. Die Bahn erwartet eine kräftige Steigerung der Einnahmen aus dem Güterverkehr, die allerdings nur durch eine Anhebung der Güterverkehrstarife erreicht werden könnte, wogegen der Personenverkehr kaum mehr als 1973 erbringen dürfte. Die Leistungseinnahmen der Post steigen ebenfalls nur schwach (7%). Allerdings dürfte es sich dabei um eine vorsichtige Schätzung handeln. Einer stärkeren Zunahme im Fernsprecheverkehr (6 02 Mrd. S) stehen weitgehend stagnierende Einnahmen aus den anderen Leistungen der Post gegenüber. Von den übrigen Betrieben dürften die Bundesforste die vorgesehenen Einnahmen leicht erreichen. Neben den Leistungseinnahmen erzielt der Bund aus dem Verkauf nicht (mehr) benötigter Anlagegüter und Materialien Erlöse. Auch hier verschafft sich der Bund (Betriebe) Einnahmen wie ein Unternehmer. Insgesamt werden aus diesen Verkäufen 0 88 Mrd. S eingenommen. Die Zuwachsrate ist mit 3% gering.

Einige Einnahmen bewirken keinen Nachfrageausfall. Das gilt besonders für die Auflösung von Rücklagen, wofür 1974 2 02 Mrd. S vorgesehen sind und die im Vergleich zu 1973 erheblich erhöht wurden (1 62 Mrd. S); auch die Einnahmen aus dem Münzgewinn (0 25 Mrd. S) haben keine Entzugseffekte.

Zusammenfassung

Hervorstechende Merkmale des Bundesvoranschlags 1974 sind bei den Ausgaben die Teilung in Grundbudget und Stabilisierungsquote, bei den Einnahmen die Auswirkungen der Steuerreformen, die zu Beginn 1973 in Kraft traten. Die Einführung der Mehrwertsteuer sowie die Lohn- und Einkommensteuerreform haben eine (zeitliche) Verschiebung im

Übersicht 11

Einnahmen der Bundesbetriebe

	1972	1973	1974	Veränderung 1974 gegen 1973 in %
	Erfolg	BVA	BVA	
		Mill. S		
Einnahmen aus Leistungen	21 068	21 885	23 652	+ 8 1
davon Bahn	9 374	9 302	10 083	+ 8 4
Post	9 037	9 871	10 573	+ 7 1
Einkommen aus Besitz und Unternehmung	655	495	509	+ 2 8
Transfers	1 690	1 701	2 870	+ 68 7
vom privaten Sektor	1 007	1 023	1 108	+ 8 3
öffentlichen Sektor	683	678	1 762	+ 159 9
Erlöse aus Anlagen- und Materialverkäufen	372	348	353	+ 1 4
Darlehensrückzahlungen	65	65	69	+ 6 2
Sonstige Einnahmen	154	345	363	+ 5 2
Gesamteinnahmen der Bundesbetriebe	24 004	24 839	27 816	+ 12 0
Aktiviert Eigenleistungen	823	936	1 032	+ 10 3

Steueraufkommen bewirkt. 1973 ergeben sich auf Grund der Reformen erhebliche Ausfälle an Steuereinnahmen. Der Anteil der Steuern am Brutto-Nationalprodukt wird (unter Berücksichtigung des voraussichtlichen Erfolges) auf 21,8% sinken und damit den niedrigsten Wert seit 1965 erreichen. Die expansive Wirkung des Budgets 1973 ist daher vor allem auf die geringeren Entzugseffekte der Besteuerung zurückzuführen.

1974 hingegen ist durch stark steigende Lohnsteuereinnahmen als Folgewirkung der Steuerreform des Vorjahres und durch die Investitionssteuer ein kräftiger Zuwachs der Steuereingänge zu erwarten. Die Steuerbelastung des Brutto-Nationalproduktes wird dadurch auf 23,9% steigen. Der starke Einkommensentzug durch die Besteuerung wirkt auf die Nachfrage restriktiv. Im Zusammenhang mit der restriktiven Kreditpolitik könnten sowohl die expansiven Wirkungen der Steuerausfälle im Jahre 1973 als auch die restriktiven Einflüsse der steigenden Steuerbelastung im Jahre 1974 stärker sein, als allgemein angenommen wird.

Für die Beurteilung der Ausgaben ist entscheidend, ob nur das Grundbudget oder auch die Stabilisierungsquote berücksichtigt wird. Wenn man die Ausgaben des Grundbudgets und ihre Auswirkungen auf die Nachfrage nicht nur global betrachtet, sondern auch die Struktur(änderungen) untersucht, zeigt

sich, daß die Ausgaben mit geringem Effekt auf die Nachfrage stärker steigen, als die sehr expansiv wirkenden Ausgaben. Die Strukturänderung der Ausgaben des Grundbudgets dämpft somit den zusätzlichen Nachfrageeffekt. Die auf Grund der unterschiedlichen Nachfrageeffekte gewichteten Ausgaben des Grundbudgets steigen im Vergleich zum Voranschlag 1973 fast genauso stark wie das nominelle Brutto-Nationalprodukt. Die restriktiven Effekte der Besteuerung dürften daher etwas stärker sein als die expansiven Nachfrageeffekte auf der Ausgabenseite. Im Vergleich zum allerdings atypischen Budget 1973 dürften vom Grundbudget keine *zusätzlichen* expansiven Wirkungen ausgehen. Die gleich hohen Steigerungsraten von Budgetausgaben und nominellem Brutto-Nationalprodukt implizieren aber auch, daß die Preissteigerungsrate des Brutto-Nationalproduktes bei der Budgeterstellung als gegeben hingenommen wurde.

Die Beurteilung des Voranschlages 1974 ändert sich, wenn die Stabilisierungsquote miteinbezogen wird. Die Ausgaben der Stabilisierungsquote wirken von ihrer Struktur her expansiv, weil darin vorwiegend Ausgaben mit starker Nachfragewirkung enthalten sind. Unter der Annahme, daß die Hälfte der Stabilisierungsquote (linear) freigegeben wird, würde der Bundesvoranschlag 1974 leicht expansiv wirken.

Gerhard Lehner